

Calmer Gaablat

Nr. 202.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Seite Mk. 5.—
Reklamen Mk. 15.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Donnerstag, den 31. August 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Fahrlohn Mk. 180.— vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 190.— mit Postgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittag.

Neueste Nachrichten.

Heute nachmittag wird die Reparationskommission darüber entscheiden, ob Deutschland ein Moratorium gewährt wird oder nicht. Während gestern früh infolge entgegenkommender Haltung der Pariser Presse eine optimistische Stimmung geherrscht hatte, setzte nachmittags wieder eine ernstere Auffassung der Lage ein, die sich auch durch einen neuerlichen Marktsurz auf 1550 (morgens 1000) kennzeichnete. Die neue Krisensituation war veranlaßt durch die scharfen Erklärungen der offiziellen Pariser Presse, wonach Frankreich unter keinen Umständen geneigt sei, ein Moratorium ohne die geforderten Pfänder zu genehmigen. Wenn Deutschland darauf nicht eingehe, dann würde die Reparationskommission wohl eine Verschlung (!) Deutschlands feststellen, und Frankreich erhalte seine Aktionsfreiheit wieder.

Der deutsche Vertreter hat nun gestern vor der Reparationskommission wichtige Erklärungen abgegeben, die die Auffassung der deutschen Regierung wiedergeben. Er sagte, die Ursachen der Vernichtung des deutschen Marktes seien auf die außenpolitische Lage (d. h. die dauernden Drohungen Frankreichs) zurückzuführen sowie auf die (systematische) Verzögerung einer praktischen Lösung der Reparationsfrage. Die deutsche Regierung rege nun an, feste Lieferungsverträge in Holz und Kohlen zunächst bis Ende 1923 abzuschließen unter Sicherungen privater Natur. Dafür solle dann der Zahlungsausschub bis Ende 1922 gewährt werden. Die Verschuldungen Poincarés, als ob deutsche Interessensorganisationen den Marktsurz veranlaßt hätten, wies er als unsinnig zurück.

Die furchtbare Geldentwertung hat natürlich neuerliche Erhöhungen der Beamtenegehälter zur Folge, über die nächstens beraten werden soll.

Im Reichseisenbahnetat wurde bekanntgegeben, daß die Personentaxen ab 1. Oktober und 1. Dezember erhöht werden sollen. Die Tarifierhöhung ab 1. Dezember soll 60 Prozent des Oktobertarifs betragen. Die Personentaxen von 72, 108, 180 und 340 Pfennig pro km ab 1. Dezember würden sich aber entfernt nicht der Geldentwertung anpassen.

Heute mittag Entscheidung. Die Stimmung unter französischem Druck.

Erklärungen des deutschen Vertreters in Paris.

Die Ursachen der Marktentwertung. — Neue deutsche Vorschläge.

Paris, 30. Aug. In der heutigen Vormittagsitzung der Reparationskommission hat der deutsche Bevollmächtigte, Staatssekretär Schröder, folgende Erklärung abgegeben: Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung anheimgestellt, sich vor ihrer Entscheidung noch mündlich zu äußern. Die deutsche Regierung hat von dieser Gelegenheit gern Gebrauch gemacht und hat mich zu diesem Zweck hierher entsandt. Ich werde mich kurz fassen. Durch die Ermittlungen, die das Garantiekomitee in Berlin angestellt hat, und durch die Informationen, die neuerdings von Mitgliedern der Reparationskommission in Berlin eingezogen worden sind, ist die Reparationskommission eingehend über die Lage Deutschlands unterrichtet. Ich möchte zurückgreifen auf die Verhandlungen, die Minister Hermes im Mai hier geführt hat. Damals ist in schwieriger Lage eine Lösung gefunden worden 1) für die Gesundung des deutschen Reichshaushalts, 2) für die Ueberwachung der deutschen Finanzen durch die Reparationskommission. Die Forderungen, die die Reparationskommission für die Gesundung des deutschen Reichshaushalts aufgestellt hat, bestanden vor allem darin, daß die schwebende Schuld auf den Stand vom 31. März ds. J., beschränkt bleiben sollte zuzüglich der Beträge, die für die Devisenzahlungen auf Grund des Vertrags von Versailles ausgeben werden. Der Zuwachs sollte zunächst durch eine innere Anleihe beglichen werden. Die deutsche Regierung hat diese Lösung unter der Voraussetzung angenommen, daß ihr in angemessener Frist eine ausreichende ausländische Anleihe bewilligt werden würde. Die Anleihe ist leider bisher nicht zustande gekommen. Trotzdem hat die deutsche Regierung unabhängig hiervon auf eine Einschränkung der schwebenden Schuld hingearbeitet. Trotz des steigenden Dollarkurses hatte sie folgenden Erfolg: Für Devisenzahlungen waren bis 30. Juni 21,5 Milliarden Papiermark aufzuwenden. Die schwebende Schuld hatte bis 30. Juni gegenüber dem 31. März nur um 23 Milliarden zugenommen, sodaß sich der Nettowachst der schwebenden Schuld ergab, der durch eine bereits vorbereitete Ausgabe von langfristigen Schatzanweisungen gedeckt werden sollte. Der Minister Hermes hatte ferner bei den Pariser Verhandlungen die Einnahmen aus Zöllen und Steuern aller Art für

1922 auf rund 148 Milliarden Papiermark geschätzt. Davon ging man bei der Verständigung aus. Die tatsächliche Entwicklung in den ersten 4 Monaten des Rechnungsjahres — April bis Juni — hat erheblich höhere Zahlen erbracht und zwar wachsend von Monat zu Monat und noch nicht zu stark beeinflusst von dem Fallen der Mark. In diesen 4 Monaten sind bereits mehr als 70 Milliarden Papiermark eingegangen, sodaß bei gleichbleibenden Verhältnissen mit einem Jahresertrag von mehr als 210 Milliarden Papiermark gerechnet werden konnte. Dazu tritt das Erträgnis der Zwangsanleihe mit zunächst 40 Milliarden Papiermark im Jahre 1922. Hiernach dürfte erwartet werden, daß für die Reparationen aus den Einnahmen des Reichs ein erheblich höherer Betrag verfügbar sein würde, als im Mai angenommen worden ist. Die Ueberwachungsmaßnahmen sind in gemeinschaftlicher Verständigung zwischen dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung in Berlin ausgearbeitet worden. Hierdurch hat die Reparationskommission die Möglichkeit erhalten, einen vollen Einblick in die deutsche Finanzwirtschaft zu jeder Zeit zu gewinnen. Das ganze Ergebnis wurde erzielt nicht durch ein Diktat, sondern durch verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung.

Der erwartete dauernde Erfolg der Maßnahmen ist durch zwei Umstände vereitelt worden, die außerhalb der Machtbereichs der deutschen Regierung liegen, nämlich einmal durch das Mißlingen der Beratungen des Anleihe-Komitees und dann durch die Ermordung des Ministers Rathenau. Beide Ereignisse haben den Pessimismus und die Mutlosigkeit weitest Kreise in Deutschland und im Ausland in Bezug auf die Finanzen des Reichs zu einer Panik gesteigert, die immer schlimmere Formen angenommen hat. In weniger als 2 Monaten ist der Dollar von etwa 300 auf über 2000 gestiegen, das englische Pfund von etwa 1300 auf etwa 10.000 Mark. Eine solche Entwicklung wirkt selbstverständlich jedes Budget über den Haufen und macht jede Hoffnung auf Eindämmung der schwebenden Schuld für absehbare Zeit zunichte. Nun wird von maßgebenden politischen Kreisen des Auslands der Vorwurf erhoben, daß der Zusammenbruch der Mark von Deutschland selbst absichtlich herbeigeführt worden sei, um sich der Reparation zu entziehen. Dieser Vorwurf richtet sich weniger gegen die deutsche Regierung, als gegen gewisse Interessentengruppen. Eine solche Politik wäre Wahnsinn und eine Politik des Selbstmords, denn die Vernichtung der Mark führt unmittelbar zur Vernichtung des gesamten wirtschaftlichen Lebens und zum Absterben auch der Industrie, die den inländischen Markt immer mehr verliert und vom Ausland Rohstoffe nicht mehr importieren kann, zu schweren Unruhen, wenn nicht gar zum politischen Umsturz. Es mag zutreffend sein, daß viele Einzelpersonen in Deutschland infolge des Verfalls von Mark sich im Besitze von Devisenbeständen befinden. Aber die hin und wieder auftretenden hohen Schätzungen des Gesamtvertrags dieses Devisenbesitzes sind sicherlich übertrieben. Die große Masse des deutschen Volkes ist nach wie vor auf die Papiermark angewiesen und vom Schicksal der Papiermark direkt abhängig. Schon heute kann man sagen, daß das gesamte mobile Kapital Deutschland vernichtet ist. Das ergibt sich vor allem auch aus den Kursen der deutschen Industrie-Aktien. Nur wenige sind gegenüber dem Friedenswert bis auf das Zwanzigfache gestiegen. Die Mehrzahl der wichtigsten Aktien zeigt nur eine geringe Steigerung etwa auf das Drei- bis Vierfache auf. Bedenkt man, daß heute das Verhältnis der Goldmark zur Papiermark mindestens wie 300 zu 1 ist, so wird ohne weiteres erkennbar, daß auch die Besitzer deutscher Aktien an ihrem Geldkapital ungeheure Einbußen gehabt haben. Und die Dividenden der großen Industriegesellschaften und Banken betragen — auf die Goldlage zurückgeführt — zum Teil sämtlich nur einen Bruchteil eines einzigen Prozents. Die Besitzer von Rentenpapieren haben fast einen Totalverlust erlitten. Und diese Folgen soll Deutschland oder die deutsche Industrie absichtlich herbeigeführt haben! Daß jemand noch kurz vor dem Tode Selbstmord begeht, glaube ich zwar bei einem so geistvollen Schriftsteller wie Maupassant gelesen zu haben, es kann aber nicht in der Politik eines großen Volkes liegen. In Wahrheit ist die Vernichtung des Marktes auf die außenpolitische Lage und die immer längere Verzögerung einer praktischen Lösung der Reparationsfrage zurückzuführen. Eine Heilung kann nicht durch Zwang, Drohung oder Diktat herbeigeführt werden, sondern nur durch eine Wiederherstellung des Vertrauens auf der Grundlage der Verständigung und der Zusammenarbeit.

In der heutigen Nachmittagsitzung der Reparationskommission führte Staatssekretär Schröder folgendes aus: Als bei den informatorischen Besprechungen mit Sir John Bradbury und Herrn Mauciere deutscherseits der Vorschlag gemacht wurde, die Holz- und Koh-

lenlieferungen durch privatrechtliche Verträge unmittelbar mit den Lieferanten zu sichern, hatte vorher mit einem gerade in Berlin anwesenden Vertreter der Kohlenindustrie gesprochen werden können, der grundsätzlich einverstanden war. Die Anregung der deutschen Regierung geht dahin: Es sollen feste Lieferungsverträge zunächst bis Ende 1923 und die für diese Zeit festgesetzten Verträge in der gleichen Weise abgeschlossen werden, in der sonst im geschäftlichen Verkehr solche Lieferungsverträge abgeschlossen zu werden pflegen. Es würden hierbei insbesondere auch im geschäftlichen Verkehr sonst übliche Sicherungen vorgesehen werden können. Ein solches Verfahren würde einen sehr erheblichen Unterschied gegenüber dem bisherigen darstellen. Bisher mußte die deutsche Regierung die von Zeit zu Zeit durch die Reparationskommission festgesetzten Liefermengen auf die Produzenten verteilen und von ihnen die Lieferung fordern. Eine solche Forderung konnte mit den privaten sonst übernommenen Verpflichtungen für Lieferungen kollidieren und es konnten sich infolgedessen bei der Disposition über die produzierten Mengen für die Produzenten erhebliche Schwierigkeiten für die Möglichkeit der Reparationslieferungen ergeben. Wird dagegen ein unmittelbarer Lieferungsvertrag von den Produzenten sofort für die sämtlichen Lieferungen bis Ende 1923 übernommen, dann haben die Lieferanten bei der Uebernahme sonstiger Lieferungsverpflichtungen diese von ihnen freiwillig übernommenen privatrechtlichen Reparationsverpflichtungen von vornherein zu berücksichtigen und können ihre gesamte Disposition hiernach treffen. Dann ist eine unmittelbare und bedingungslose Gewähr der Durchführung gegeben, ebenso wie für jeden anderen privatrechtlichen Lieferungsvertrag. Die deutsche Regierung hat dann sofort die maßgebenden Vertreter der Kohlenindustrie nach Berlin zusammenberufen und hat gestern mit ihnen ein grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, die Verhandlungen dahin fortzuführen, daß die Lieferungen durch privatrechtliche Organisationen übernommen werden. Hierbei wurden die Formulierungen über die Einzelheiten noch nicht aufgestellt. Man ist vielmehr davon ausgegangen, daß es sich sehr empfiehlt, diese Formulierungen alsbald in Verhandlungen mit den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte zu suchen. Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, daß sofort zu diesem Zweck unmittelbare Verhandlungen zwischen den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte und den Lieferanten-Syndikaten, vertreten durch die Herren Hugo Stinnes, Peter Alhäuser, Büßens und Silberberg, unter Beteiligung der Reichsregierung aufgenommen werden und schlägt als Verhandlungsort Wiesbaden vor. Die Verhandlungen über die Lieferungen von Holz könnten sich dann unmittelbar an die Verhandlungen über die Kohlen anschließen, nachdem sie in entsprechender Weise durch Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den Produzenten vorbereitet sind. Die Weiterführung der Verhandlungen mit den Industriellen hat natürlich nur dann einen Zweck, wenn uns die Reparationskommission wenigstens einen Fingerzeig geben kann, ob überhaupt Aussicht besteht, daß es auf der Grundlage dieses Gedankens zur Gewährung des beantragten Zahlungsausschubs bis Ende 1922 kommen kann. Man kann nicht verlangen, daß etwa jetzt schon fertige Lieferungsverträge vorgelegt werden, ohne daß man weiß, wohin derartige Verhandlungen führen. Wenn die Reparationskommission der Ansicht sein sollte, daß der ganze Gedanke der Lieferungen nicht ausreicht, um den Zahlungsausschub zu gewähren, so würde die deutsche Regierung nicht die genannten Industriellen zu Reisen und Einzelverhandlungen veranlassen. Es muß wenigstens eine Sicherheit dafür gegeben sein, daß die Reparationskommission den Zahlungsausschub für den Fall bewilligt, daß über die Einzelheiten noch eine Verständigung erzielt werden wird. Ich bitte daher die Reparationskommission, mir zunächst eine Antwort auf die Frage zu geben, ob der Gedanke der Lieferungsverträge ausreichend erscheint, als Bedingung für den Zahlungsausschub zu dienen. Wird diese Frage verneint, dann hat die Verfolgung dieses Gedankens keinen Zweck. Wird die Frage grundsätzlich bejaht, so können die Einzelverhandlungen mit den genannten Industriellen sofort aufgenommen werden.

Paris, 30. Aug. In der heutigen Nachmittagsitzung der Reparationskommission ergänzte Staatssekretär Schröder die Ausführungen, die er heute vormittag gemacht hatte. Er beantwortete dann noch einige Fragen, die von Mitgliedern der Reparationskommission an ihn gestellt wurden. Um 1/6 Uhr verließ der deutsche Bevollmächtigte die Sitzung.

Französische Stimmungsmache.

Paris, 30. Aug. Havas meldet, daß die Reparationskommission sich wahrscheinlich am Donnerstag entscheiden werde. Wird Deutschland, so heißt es in der Meldung weiter, schließlich die Pfänder annehmen, die die französische Regierung für die Gewährung des Moratoriums verlangt? Gewisse Persönlichkeiten glaubten weiter daran. In diesem Fall würden keinerlei Schwierigkeiten mehr bestehen. Sollte es aber nicht der Fall sein, so wäre die einzig mögliche Lösung, die im Einklang mit

h. eine sächsische
IV. Kav.-Korps,
ste — geht das
chens weit über
thmesblatt wurde
Eton, Beauclair,
i. 3 Jahre zäh-
y-Walde als ein
n. Zimmer groß-
nter: Sandweber
Felbartl.-Regt. 2
erten mit der 53.
mbergische Divi-
itigen Rückzugs-
n Abschluß der
i Offizieren und
ältige Unterneh-
egungskrieg auch
dieses Bändchen
hem. Divisions-
eingefügt ist —
berger Interesse
innerung an die
n jedes würt-

ter.
uft Lachent
önig.
nd Kadelburg.

ell.
d 9 Uhr
grüne
ke.

enbof

eder Menge
ps,
a. Hanf.
Berechnung.
Kaps.

de
Drucksachen
Rechnungen,
Preislisten
ses Blattes.

, morgens
Transport



chwane
ch einladen
Schwarz

dem Versäuser Vertrag steht, Ablehnung des Moratoriums durch die Mehrheit der Kommission und Feststellung einer Besetzung Deutschlands. Eine Bewilligung des Moratoriums ohne die von der französischen Regierung verlangten Pfänder könne kaum ins Auge gefasst werden. Sie hätte übrigens die Folge, der französischen Regierung ihre Aktionsfreiheit wieder zu geben, denn es könne nicht die Rede davon sein, daß Frankreich von der in London eingenommenen Haltung zurückzuweichen. Man dürfe in der Tat die kürzliche Konferenz in London nicht aus dem Auge verlieren. So hätte man z. B. unrecht, den von Bradbury gemachten Vorschlag einer Kontrolle der deutschen Regierung als ein neues Vergleichsmoment zu betrachten, da der Grundsatz dieser Kontrolle schon in London vor der englischen und der französischen Regierung angenommen worden sei.

Englische Stimmen über die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten.

London, 30. Aug. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, nach Ansicht der Engländer sei nur ein vollständiges Moratorium für die Barzahlungen in der Lage, die Situation zu retten, während die geforderten Garantien den deutschen Kredit endgültig schädigen würden. Nach Ansicht des Berichterstatters würde es im Falle einer unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheit für die Reparationskommission schwer sein, ihre Funktionen weiterhin auszuführen. Sie würde sich als unfähig erweisen haben, die übertragenen Pflichten zu erfüllen. Der Korrespondent erzählt, daß der nicht mitstimmende amerikanische Vertreter nur formell an den Erörterungen teilnimmt.

London, 30. Aug. Der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet, es wurde erklärt, daß der Ernst der Lage verschwinden würde, wenn aus London eine Auslegung oder Abänderung der Balfour-Note kommen würde, sobald sich die Aussicht auf eine Erörterung des Programms Poincarés auf einer Konferenz aller Alliierten eröffnen würde. Dies würde, wie von maßgebender Seite verlautet, Poincaré ermöglichen, von seinen Forderungen auf Garantien seitens Deutschlands abzugehen, da dann das Problem auf einer breiteren Grundlage erörtert werden könnte.

London, 30. Aug. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in Kreisen, die am meisten befugt seien, einer Meinung Ausdruck zu geben, herrsche die Ansicht vor, daß sich eine Mehrheit für den britischen Vorschlag, auf die Reparationen bis zum Ende des Jahres ohne neue Bedingungen zu verzichten, nicht finden werde. Die britische Auffassung würde somit einen Mißerfolg erleiden. Daraus würde jedoch keineswegs folgen, daß das Ersuchen um ein Moratorium damit abgelehnt wäre.

Belgien verlangt Reichsbankfiakerheit für Zahlungskündung.

Paris, 31. Aug. Es bekräftigt sich, daß in den nichtamtlichen Besprechungen der Versuch gemacht wurde, eine vorläufige Regelung der nächsten fälligen deutschen Barzahlungen dadurch zu ermöglichen, daß Deutschland an Belgien, dem nach den alliierten Vereinbarungen der nächste Betrag zu zahlen ist, 6 Monatswechsel geben soll. Für diese Wechsel verlangt Belgien die Unterschrift der Reichsbank, welche durch Goldbesitz in der voranschließenden Höhe von 270 Millionen Goldmark im Ausland garantiert werden sollen. Die Reichsbank hat nicht geantwortet, für diese Goldabgabe die Verantwortung übernehmen zu können.

Die Zusammensetzung der Reparationskommission.

Paris, 30. Aug. Die Delegationen, die der heutigen Vormittags-Sitzung der Reparationskommission beiwohnten, waren wie folgt zusammengesetzt: Leon Dubois, Vorsitzender der Reparationskommission als Delegierter und Mauclere, Vorsitzender des Garantieauschusses als Beisitzer, Aron als Generalsekretär für Großbritannien, Sir John Bradbury, Delegierter und Cool als Beisitzer, für Belgien: Delacroix, Delegierter und Bemelman, Beisitzer, Italien: Raggi als Delegierter und d'Ameglio als Beisitzer. Der Sitzung wohnte gleichfalls der halbamtliche Delegierte der Ver. Staaten, Logan, bei.

Entscheidung heute nachmittag.

Paris, 31. Aug. Wie Havas mitteilt, wird die Reparationskommission heute nachmittag ihre endgültige Entscheidung fassen und gleichzeitig mit ihrer Entscheidung den Text der deutschen Vorschläge veröffentlichen. Die Delegierten der Reparationskommission, die beim Verlassen der gestrigen Sitzung gefragt wurden, haben sich geweiheit, irgend eine Meinung auszusprechen. Sie haben nur erklärt, daß die Kommission den Staatssekretär Schröder angehört habe, ohne ihn zu unterbrechen und ohne Zustimmung oder Ablehnung erkennen zu lassen.

Ausland.

Der griechische Rückzug in Kleinasien.

Athen, 31. Aug. Der Kriegsminister Theotokis und der Minister des Innern Stratos sind vorgestern Abend nach Smyrna abgereist, um sich mit dem Oberstkommandierenden zu beraten. — Den Blättern zufolge vollzog sich die Räumung der griechischen Stellungen in vollkommener Ordnung. Alles Kriegsmaterial und Eisenbahnmateriale wurde in die neuen Stellungen herübergenommen, von wo die Artillerie die Stadt Karahisar beherrscht.

Die Bevölkerung von Mesopotamien gegen die englische Herrschaft.

London, 29. Aug. Einer Blättermeldung zufolge ist in Mesopotamien einer ersten Krise entgegen. Während der letzten 8 Tage habe die Unzufriedenheit in ernster Weise zugenommen. Sir Percy Cox habe drastische Schritte unternommen, um die nationalistische Bewegung zu unterdrücken. Mehrere Politiker seien verhaftet, Zeitungsredakteure fortgebracht und ihre Zeitungen verboten worden. Die Parteien der Gemäßigten und der Nationalisten seien unterdrückt worden. — Wenn die Einwohner eines von England unterdrückten Landes sich gegen die Vergewaltigung auflehnen, so werden sie „Nationalisten“ betitelt.

Der „internationale“ Rechtskongress.

Paris, 29. Aug. Nach einer Havas-Meldung aus Buenos Aires hat der internationale Rechtskongress dem Grundsatz zugestimmt, daß Flugzeuge, welche fremdes Gebiet überfliegen, der Zivil- und Strafrechtsbarkeit ihres Heimatlandes unterworfen bleiben. Im Falle der Landung wird der Schuldige der Polizei seines Landes ausgeliefert. — Auch hier handelt es sich wieder um eine Benachteiligung Deutschlands, das sich also alle Rechtswidrigkeiten gefallen lassen soll, wenn fremde Flieger unser Gebiet überfliegen. Den Deutschen selbst aber wird durch Nachspruch der Entente der Flugzeugverkehr soviel wie möglich verboten.

Untergang eines japanischen Kriegsschiffes im Sturm.

Tokio, 30. Aug. (Neuter). Die japanische Admiralität hat bekannt, daß der Kreuzer „Kijata“ am 26. August in einem Taifun an der Küste von Kamtschatka mit fast der gesamten 300 Mann zählenden Besatzung untergegangen ist.

Untergang eines chilenischen Dampfers mit 160 Passagieren.

Santiago de Chile, 29. Aug. Der chilenische Dampfer „Zata“ ist gesunken. 160 Passagiere und die Besatzung sind umgekommen.

Deutschland.

Vorkünftig keine Neuweisung des Reichsaussenministeriums.

Berlin, 30. Aug. Auf die vielfachen in letzter Zeit in der Presse erschienenen Anfragen wegen einer eventuellen Besetzung des Reichsaussenministeriums des Neuherrn, das bekanntlich seit dem Tode Dr. Rathenau vom Reichskanzler geführt wird, wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß weder die außenpolitische Lage, noch innerpolitische Erwägungen es zur Zeit wünschenswert machen, das Ministerium des Neuherrn anderweitig zu besetzen. Der Reichskanzler wird die Geschäfte des Auswärtigen Amtes, die mit der gesamten Leitung der Politik in enger Beziehung stehen, auch weiterhin führen.

Der Reichseisenbahnrat zur Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 30. Aug. Der Reichseisenbahnrat beriet heute die Vorlage des Reichsverkehrsministers über die organische Einarbeit der seit her in Form einheitlicher Zuschläge durchgeführten Erhöhungen der Güter- und Tiertarife und nahm die Vorlage der Reichsbahnen hinsichtlich der ordentlichen Tarifklassen an. Die Vertreter der Industrie betonten, daß die Selbstkosten der Reichsbahn die untere Grenze für jeden Tarif bilden müßten. Lediglich dem Vorschlag der Reichsbahnen zum Ausnahmefuß (6) für Kohlen, der eine geringe Entlastung der nahen und eine mäßige Belastung der weiten Entfernungen bringen sollte, stimmte der Reichseisenbahnrat nicht zu. In der Frage der Wasserumschlagtarife wurde der Reichsverkehrsminister ersucht, bis Ende dieses Jahres eine Vorlage einzubringen, die unter Aufrechterhaltung der Staffeltarife den Belangen der Binnenschifffahrt Rechnung trägt. Zum Schluß gab der Reichsverkehrsminister die Erhöhungen der Personentarife der Reichsbahnen zum 1. Oktober und zum 1. Dezember bekannt. Letztere bringt eine Tarifserhöhung von 60 Prozent zu dem Oktobertarife. Obwohl die Einheitsätze der 4., 3., 2. und 1. Klasse sich alsdann auf 72, 108, und 340 Pfg. für den Kilometer belaufen werden, mußte zugegeben werden, daß diese Sätze nicht entfernt mit der Geldentwertung Schritt gehalten haben. Mit der Annahme eines Antrags, der Reichsverkehrsminister möge wohlwollend die Möglichkeit weiterer Erleichterungen im Vororts-, Berufs- und Bildungsverkehr prüfen, schloß die Sitzung.

Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not.

Berlin, 30. Aug. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, werden die Gewerkschaften heute in einer Sitzung zu den Maßnahmen der Reichsregierung gegen die wirtschaftliche Notlage Stellung nehmen. In Gewerkschaftskreisen ist man der Ansicht, daß die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen das im Rahmen der gegenwärtigen Lage Mögliche darstelle.

Die Anpassung der Beamtenbezüge.

Berlin, 31. Aug. Einer Abordnung von Beamten und Staatsarbeitern, die im Reichsfinanzministerium ihre Wünsche um Erhöhung der Teuerungszulagen vortrug, wurde von Regierungsseite erklärt, daß die Regierung von sich aus bereits den Entschluß gefaßt habe, eine Erhöhung der Bezüge vorzunehmen. Am nächsten Dienstag sollen die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium beginnen, in denen auch über die Erhöhung der Nebenbezüge, wie die Aufwandsentschädigung, Befahrungszulage, Nachdienstgebühren usw. besprochen werden soll.

Die Not der Zeitungen.

Berlin, 30. Aug. Die täglich steigende Not im Zeitungs-gewerbe hat den Verlag der „Täglichen Rundschau“ gezwungen, seinen Redakteuren, wie auch dem Personal zu kündigen. In dem Wunsch, das Blatt zu erhalten, hat sich der Verlag an Herrn Hugo Stinnes gewandt. Im Zusammenhang mit dem Nachrichtenapparat der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ soll der Versuch gemacht werden, die „Tägliche Rundschau“ weiter erscheinen zu lassen. — Die „Tägliche Rundschau“ vertritt einen stark rechtsgerichteten, liberalen Standpunkt, und hat immer schon die Interessen der Schwerindustrie verfolgt.

Berlin, 31. Aug. Dem „Lokalanzeiger“ zufolge, zwingt die ungeheure Papierverteuerung die bisher zweimal erscheinenden Dresdener Tageszeitungen ab 1. September zum einmaligen Erscheinen überzugehen. Trotzdem muß der Preis noch erheblich erhöht werden.

Berlin, 31. Aug. Der sieben erschienenen 13. Nachttag der amtlichen Zeitungsliste verzeichnet wieder 144 Zeitungen und Zeitschriften, die im letzten Monat ihr Erscheinen eingestellt haben.

Berlin, 31. Aug. Die Rheinlands-Kommission hat, laut „Völkischer Zeitung“, die Durchführung des Gesetzes über die Erhöhung der Ausfuhrabgabe für Holz zur Unterflüchtung der deutschen Presse für das besetzte Gebiet nicht genehmigt. — Natürlich, denn die Vernichtung der deutschen Presse im Rheinland ist den Alliierten doch erwünscht.

Neue polnische Kundgebungen in Deutsch-Oberschlesien.

Leuthen, 30. Aug. Heute Nachmittag fuhr ein Kraftwagen mit ehemaligen polnischen Insurgenten von Malofcha durch den deutschen Korridor bei den Delbrück-Teichen nach Kunzendorf. Sie wurden von der Grubenwehr und deutscher Zollbeamten ergebnislos beschossen. Schon in den letzten Tagen wurde in diesem Grenzgebiet eine verdächtige Tätigkeit der ehemals polnischen Insurgenten beobachtet. Für heute Nacht ist eine Kundgebung von polnischer Seite bei den Delbrück-Teichen geplant. Die erforderlichen Maßnahmen sind getroffen.

Zur bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien.

Oppers, 30. Aug. Der Oberpräsident von Oberschlesien erläßt zum Abstimmungstag am 3. September einen Aufruf, in dem es heißt: Zum zweiten Male ist das Schicksal Oberschlesiens in Eure Hand gegeben. Das Genfer Diktat hat unser engeres Heimatland willkürlich in zwei Teile zerrissen. Den verbliebenen Rest sucht der landfremde Pole in unerfälliger Gier auf jede Art und Weise sich auch noch zu erringen. Daher muß es unsere erste Sorge sein, alle unsere Kräfte zu sammeln, um Oberschlesien auf die Dauer bei Deutschland zu erhalten. Der Oberschlesische Hilfsbund ist gegründet worden, um uns Hilfe im weitesten Umfang aus dem ganzen Reich dauernd zuzuführen. In der Notlage, in der wir uns befinden, kann am nächsten Sonntag unsere Parole nicht anders klingen als die: Wir wollen als treue Deutsche und treue Oberschlesier engsten Anschluß suchen an unser deutsches Vaterland. Wir wollen eine selbständige Provinz im Verband des preussischen Staats bleiben! Möge die klare Erkenntnis der Gefahr und die einzige Möglichkeit, ihr erfolgreich entgegen zu treten, uns alle beherrschen und der Welt erneut beweisen: Die deutsche Treue, sie lebt, sie lebt in Oberschlesien mehr denn je! — Es handelt sich um Abstimmung in dem deutsch gebliebenen Oberschlesien darum, ob Oberschlesien ein autonomer Bundesstaat sein soll oder ob es als selbständige Provinz im preussischen Staatsverband bleiben will. Letztere Lösung ist im Interesse der deutschen Einheit die einzig mögliche, um den polnischen und anderen Abtrennungsversuchen eine geeignete Schranke zu setzen. Die politischen Parteien haben sich denn auch geschlossen für diese Lösung ausgesprochen.

Zur Frage der Einheitskurzschrift.

Weimar, 30. Aug. Zur Frage der Deutschen Einheitskurzschrift nahm die Vertreterversammlung des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger einstimmig folgendermaßen Stellung: „Die am 26. August 1922 in Weimar versammelten Vertreter des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger haben über den vom Reichsministerium des Innern herausgegebenen „Entwurf der deutschen Einheitskurzschrift“ beraten. Obwohl ihm bewährte Gabelsbergersche Grundsätze fehlen, stellen sie sich aus vaterländischen Erwägungen auf den Boden dieses Entwurfs unter der Bedingung, daß er — abgesehen von der Schlussüberlegung über Unstimmigkeiten in seinem Aufbau — durch die Regierungen aller deutschen Länder und die in Betracht kommenden Reichsverwaltungen amtlich in den Schulen und bei den Behörden eingeführt und daß ihm zugleich die Redekunst eingelebter wird. In der Besprechung wurde allgemein dem lebhaftesten Bedauern Ausdruck gegeben, daß der Verband Stolze-Schrey auf seiner Eisenacher Tagung am 21. August 1922 eine Entschließung gefaßt hat, die einer Ablehnung des Entwurfs gleichkommt.“

Eisenbahnunglück.

Berlin, 30. Aug. Gestern stieß bei Nicolai (Keris Pfalz) ein Güterzug, der das Haltsignal überfahren hatte, auf einen Rangierzug. Bei dem Zusammenstoß wurden beide Lokomotiven und 10 Güterwagen zertrümmert. Bis jetzt werden 6 Tote und 8 Verletzte gemeldet. Der Sachschaden ist bedeutend.

Die Balutano des besetzten Gebietes.

Von Joseph Herbst.

Wie der unerhörte Marktzug der letzten Wochen alles bisher auf diesem Gebiete Erlebte in den Schatten stellte, übertreffen auch die Folgen dieser Wertsteigerung des ausländischen Geldes alles, was im besetzten Rheinland auf diesem Gebiet sich früher ereignet hat. Nicht nur ist die gesamte Propaganda der „Société du tourisme“ und anderer französischer Stellen gegen das Reisen in Deutschland durch die Macht der Baluta unwirksam gemacht worden, sondern auch der Ausverkauf aller Geschäfte hat in einem Umfange erneut eingesetzt, der jeder Beschreibung spottet. Eine wahre Ueberschweemmung mit Touristen aus allen Balutaländern ergießt sich seit Wochen über die Grenzgebiete am Rhein, größtenteils sind es kleine Leute, die in Scharen auftreten und wahllos alles aufkaufen, was ihnen in die Augen fällt, aber auch Händler, die selbst hohe Preise anlegen, weil es sich immer noch „loht“. In der Mehrzahl sind es Franzosen. Man sieht offenbar in den maßgebenden französischen Kreisen diese Balutareisen nach dem Rheinland nicht ungern. Denn sie beruhigen einerseits zahllose mißgestimmte Franzosen, und sie powern andererseits das Land aus, nehmen ihm nach außen den Charakter des streng deutschen Gebietes, gerätten weiter die geschäftliche und persönliche Moral und tragen zur Erhöhung der Unruhe und Miskimmung in der rheinischen Bevölkerung bei, welchen Zustand man als ein Mittel zur schnelleren Erreichung der Ziele gegen Preußen und das Reich nach Kräften glaubt dauernd machen zu sollen.

Allerdings täuscht man sich wie stets auch bei dieser Spekulation. Denn der größte Teil der Bevölkerung ist in einer berackigen Erregung gegen den schlemmenden, die Preise zu schwindelnder Höhe treibenden Ausländer, daß eine noch stärkere und andauernde Ueberflutung der Rheinlande zu den schwersten Bedenken Anlaß bietet. Der Arbeiter, wie der ehrlieh gebliebene Mann aus dem Mittelstande, die

beobachten, wie Franzosen am Rhein Waren und die Nase wegknappen. Überfall auf den gar erwünschten Leute. Für sie nieren, ihrem ge das Leben noch die Warenlager laufen und sich schen selbst nicht können.

Der auf Deutsche wird. In den meisten in Ansprüchen und deren immer schen Käufer taucht, in denen nicht fällt und noch beachtet nicht von den Schließen ihrer auch für die ein nur das „Eho wie deutsche Stungen sich an empfehlen, um des deutschen reiche, ehemals Ausländer ihre ihrer Wohnräum mittelbare Verg nur unter große Preisen erhalten zöflicher Vermitt Und daß der in der zunehme stellt, braucht züge in den grös des für den Sd in ausländische kann man sicher die Verkäufe w gelangt, der B gering, daß es f men. So wachst französischen, w strengungen der Rheinlandsform schalten und „

Bedauerliche fekten Gebietes den. Sonst hä ungeheuerliche fichtbare Preise sen an alle Mit Kommission abg es den Geschäft Aufschläge zu n deutsche Käufer Not der Presse einer bilateralen Interesse der G zulage, die den und Arbeitern zukommen zu la deren Einkomme Die Balutano es sollten von R getroffen werden Das „Journ auf, ihre Ferien ausgezeichnete P die Reisenden c konnte. Leider it tigen Apostel, bi monatlichen „P die Rheinlande digne und ruhige die sich wie in e und rohem, urg daß gerade die wurde.

Anderer, bene es wie eine pe Sie konnten es antun, es zu be Marceller Dialekt Varnen wollte, ihnen den „traig diese Hügel wal Aber in Wiesba ärgste Beschwim dem Polizeikom Andere konnte nicht damit befec zählen müßten. Frankreich empfa Bankhalter ganz beschimpften den 150 Mark für ein Mark weniger als

Stadtgemeinde Calw.

Der am Mittwoch, den 13. September ds. Js. fällige



Bieh- und Schweinemarkt

- findet statt; zu dessen Besuch wird eingeladen.
- Folgende Bedingungen sind streng zu beachten:
- 1) Klautiere aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen nicht angeführt werden.
 - 2) Für alle an Markt gebrachten Klautiere sind einwandfreie Ursprungszeugnisse beizubringen. Tiere, für die solche Zeugnisse fehlen werden nicht zugelassen.
 - 3) Alle zu Markt gebrachten Tiere sind durch den beamteten Tierarzt vor dem Auftrieb untersuchen zu lassen. Vor dieser Untersuchung ist jeder Handel verboten.
 - 4) Am Tage vor und nach dem Markt ist jeglicher Viehhandel auf der Markung Calw verboten.
 - 5) Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
 - 6) Viehhändler haben für ihre Tiere tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.
 - 7) Vieh- und Schweinehändler aus Sperr- und Beobachtungsgebieten sind von der Beteiligung des Marktes ausgeschlossen.
 - 8) Der Schweinemarkt beginnt um 1/2 8 Uhr, der Viehmarkt um 1/2 9 Uhr.

Personen, welche die obigen Bedingungen nicht einhalten, werden wegen Verfehlung gegen die feuchtpolizeilichen Vorschriften zur Bestrafung angezeigt werden.

Calw, den 30. August 1922.

Stadtschultheißenamt: G h n e r.

Bei Zinsen spar Dein Gut Armut im Alter wehe tut!

Auch die kleinsten Beträge können auf unserer Sparkasse angelegt werden.

Spar- u. Vorschussbank Calw.

Erstklassige, fabrikneue

Schreibmaschinen

der Systeme

Adler, Stoewer, Ideal, Mercedes, Triumph, Senta, Erika, Rofa etc.

mit Garantie sofort bzw. kurzfristig lieferbar.

Eilanfragen an

Louis Schleh, Bürobedarf, Freudenstadt

Fernsprecher Nr. 27. (Schwarzwald)

Infolge der großen Nachfrage sind telefonische Anfragen oder Lagerbesuch am zweckmäßigsten. Bestellen Sie sofort, erhebliche Preisaufschläge stehen bevor.

Am Samstag mittag 2 Uhr verkaufe ich

Obst auf den Bäumen. Zusammenkunft an meiner Scheuer beim Durchschlag.

Wilhelm Dingler.

Wir suchen

für einen Angestellten von uns sofort ein möbliertes Zimmer und erbitten uns Angebote Druckerei des „Calwer Tagblatt“.

Gewandtes Mädchen findet in der Druckerei ds. Bl. als Wollenerin Beschäftigung.

Vor dem Verderben

durch Schimmel u. Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's

Einmache-Hülfe

einmacht. Dies ist das einfachste, billigste u. trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften!

Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



W. Forstamt Stammheim N. Calw. Nadelstammholz-Verkauf.

Am Samstag, den 9. September 1922, vormittags 10 Uhr im Waldhorn in Stammheim aus Staatswald Waldacker, Rottannen und Vorderer Florjack 430 Ft und 20 La mit Langh.: 321 Fm I., 304 II., 151 III. Stüch: 7 I., 6 II., 3 III. K. Losverzeichnisse vor der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Am letzten Samstag blieben auf dem Wochenmarkt zwei guterhaltene Regenschirme stehen. Abzuholen auf dem Stadtschultheißenamt: Stadtschultheiß: G h n e r.

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch **NORDDEUTSCHER LLOYD** BREMEN und seine Vortretungen in Calw: Ernst Scholl, Am Markt 1. Stuttgart: Passagierbüro Rominger, Generalvertretung des Nordd. Lloyd, Königsstr. 12.

Buter, u. schwarzer Frauen-Mantel zu verkaufen Untere Brücke 193.

Bezirkswirtschaftsverein Calw.

Infolge des Bieraufschlags von Seiten der Brauereien sind wir genötigt ab 1. Sept.

die Bierpreise

wie folgt zu erhöhen:

Offenes Bier:			
8%	0,3 Etr.	Mk.	7.50
	0,35 "		9.-
	0,4 "		10.50
10%	0,3 "		8.50
	0,35 "		10.-
	0,40 "		11.50
12%	0,3 "		12.-
	0,35 "		14.-
	0,40 "		16.-
Flaschen-Bier:			
8%	0,5 Liter-Flasche	Mark	13.-
	0,6 "		15.-
	0,7 "		18.-
10%	0,5 "		15.-
	0,6 "		18.-
	0,7 "		20.-
12%	0,5 "		20.-
	0,6 "		24.-
	0,7 "		28.-

Der Ausschuß.

Junge Dame sucht ab Oktober ein möbliert. heizbares Zimmer

Gefl. Angebote unter D. C. 202 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fahrpläne f. den Bezirk Calw

sind in der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 1 Mark erhältlich.



Kräftiges Mädchen

für Fremdenzimmer und Hausarbeit auf 15. Septbr. oder 1. Okt. gesucht bei höchstem monatl. Lohn. Angebote mit Bild und Zeugnisabschriften erb. an Frau A. Arnold, Schömberg D.-A. Neuenbürg.

Gesucht wird auf 1. Okt. ein tüchtiges

Mädchen

(evang.) das kochen kann in kleine Familie (3 erwachsene Pers.) bei höchstem Lohn und guter Behandlung. Zimmermädchen vorhanden. Frau Otto Goldschmidt, Pforzheim, Lindenstr. 15.

5 jährige

Gänse

verkauft Michael Greule, Altbürg.

Volkstheater.

Heute Donnerstag, den 31. August
Der Dollarkönig.
Lachen! Lachen!
Luftspiel in 3 Akten von Stumenthal und Kadelburg.

Bad Telnach. Ev. Kirche.
Sonntag, 3. Sept., abends 8 Uhr
Richard Jordan's musikalische
Meisterbilderandacht

Eintritt 10 Mk., od. 2 Eier (an Zahlungsstatt) Karten im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann Zerweck h

Samstag, 2. Sept., abends 1/2 8 Uhr
Schüler-Feier
Schüler Mk. 5, Erwachsene Mk. 10 (oder 1 resp. 2 Eier) Karten nur am Eingang der Kirche.

Calw.
Stadt Karten.
Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 2. Septbr. im Gasthof zum „Babischen Hof“ stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Hans Bäuerle

Elfa Belz.

Brombeeren

kauft jedes Quantum

Versandgefäße können gestellt werden.

Christian Rüenzlen, Sulzbach

an der Murr.
1. württbg. Fruchtsaftpresserei mit Dampftrieb.

Wer will rasch und glücklich
heiraten?
Auskunft gegen Rückporto durch
H. Nagl, Ravensburg, Kästletor.

Ein gewandter
Arbeiter
auf Platinin und Stahlbijouterie wird gesucht. Stellung dauernd.

Karl Scholl, Pforzheim, Durlacherstraße 33.

Zu kaufen gesucht:
Roh- u. Mist.

Zu verkaufen:
Badewannen, Fensterläden, Fenster, Türen, Gummiläufer, Korbflaschen
Sanatorium Dr. Kömer, Hirsau.

Kaffee

in bekannt guter Mischung,

roh und jede Woche frisch gebrannt

empfehlen

C. Serva
Fernsprecher-Nr. 120.

Zur Stockholzgewinnung empfiehlt

Sprengstoffe u. -Kapseln.

Zündschnüre
Gerhard Paulus, Bad Liebenzell, Fernsprecher 15.

Schönes Fallobst gibt ab Uhlandstraße 661.

Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER.
HENKEL & CO., DUSSELDORF

Nr. 203.

Ergebnisse
Wahlen Nr. 15.

Das M
Die übliche
Die Able
W.B. Paris,
Reparationskomm
Deutschland, Eng
mung.

Forderung

Paris, 1. Sep
riumsgeuch Deut
mig folgende Entf
Die Reparati
gesuch vom 12. J
Kredit nach inner
3 Tausendstel ihre
1. Die Repara
Gesuch, das von
einer radikalen Re
gestellt hat, der fo
a) ein Gleichg
b) für den Fall
Regierungen ihre
der auswärtigen Re
solche Herabsetzun
wendig erachtet w
c) Währungsfr
unter Berücksichtig
2. Um den B
vorerwähnten \$ 1
zu schaffen, wird
Darzahlungen die
sind und falls nie
troffen worden sin
gen, die zwischen
deutsche Schatzbon
ein rahmen, Bonds
die deutsche Regie
Darzahlungen best
artige Vereinbarung
nierung von Gold
gien seine Zustimmung

Stuttgart, 1. O
zu der Entschaid
Nach fast acht
hinter den Kuliss
einer Entschaid
eines Zahlungs
Darzahlungen in
Die Entscheidung
pel eines Kompr
mit dem ganzen
dingungslosen W
Kommission den A
auf Gewährung
dingungen mit d
stellers abgelehnt
nicht entscheiden
Gesichtspunkt das
Nachdruck darauf
gewaltsamen Sch
hilflos machen w
daß der deutschen
gebracht werde,
müsse, damit sie
deutschen Wirtschaft
deutschen Leistung
Argumenten stand
Nachhunger dik
der Forderung „p
Annektionen deut
Kommission befind
schäftlich Notwend
Wahl zu treffen.